

Pressemitteilung
Flensburg, 14.10.2026

Die Landesregierung lässt die Grenzregion im Stich

Die erhebliche Verschlechterung des grenzüberschreitenden Bahnverkehrs zeugt von einem erheblichen Versagen politischer Verantwortung.

"Ich sehe absolut keinen Grund, über den neuen Fahrplan der Deutschen Bahn zu jubeln. Drei tägliche Fernverkehrsverbindungen während der Sommersaison sind keine ernsthafte Verbesserung der Mobilität in unserer Grenzregion, sondern in erster Linie der Versuch, wirtschaftlich vom Sommertourismus zu profitieren. Flensburgs Anbindung an den Jütlandkorridor bleibt unzureichend und verschlechtert sich sogar noch weiter, wenn die direkten IC-Verbindungen nach Fredericia nun ein Jahr früher als ursprünglich geplant wegfallen.

Die aktuelle Entwicklung zeigt einmal mehr, warum wir als SSW seit Jahren für einen neuen Fernverkehrshalt in Flensburg-Weiche kämpfen. Wir brauchen eine attraktive und zuverlässige Anbindung an Dänemark und den Rest Deutschlands, und zwar das ganze Jahr über und nicht nur während der Tourismussaison. Deshalb ist es auch ein wichtiger Erfolg, dass wir als SSW durchgesetzt haben, dass die Stadt fünf Millionen Euro für den neuen Haltepunkt bereitstellt.

Dass die DSB die direkte Zugverbindung zwischen Flensburg und Fredericia ein Jahr früher als ursprünglich geplant einstellt, ist ein schwerer Rückschlag für unsere Grenzregion.

Noch kritischer ist allerdings, dass unser schleswig-holsteinischer Verkehrsminister Claus Ruhe Madsen offenbar weder ausreichend über die Situation informiert noch darauf vorbereitet war. Uns droht nun eine erhebliche Verschlechterung des grenzüberschreitenden Bahnverkehrs, ohne dass eine ausreichende Ersatzlösung bereitsteht. Es ist schlicht inakzeptabel, dass der Verkehrsminister unsere Grenzregion auf diese Weise im Stich lässt. Entweder wurde er von seinen dänischen Kollegen nicht über die

Entwicklung informiert, oder er wusste von dem Problem und hat es versäumt, rechtzeitig eine Lösung sicherzustellen. Beides ist unzureichend und zeugt von einem erheblichen Versagen politischer Verantwortung.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch den Fraktionsvorsitzenden der Flensburger Grünen dazu auffordern, den Blick auf seine eigene Partei zu richten, die als Teil der Landesregierung ebenfalls Verantwortung für diese Situation trägt. Es reicht nicht, die Entwicklung öffentlich zu kritisieren, wenn man gleichzeitig die Möglichkeit hat, über die eigene Regierung Einfluss auf die Entscheidungen zu nehmen."